

7



ARCHIV

LebensForum sprach mit dem familienpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Johannes Singhammer über die Möglichkeiten der Eindämmung von Spätabtreibungen.

11-16



## Der Kampf um den Supreme Court

Die Berufung zweier neuer Richter an den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Amerika durch Präsident George W. Bush hat in den USA hohe Wellen geschlagen und weltweit Beachtung gefunden. In deutschen Medien ist von einem »Rechtsruck« am Obersten Gerichtshof die Rede. Abtreibungs-Lobby-Organisationen sehen das »Recht auf Abtreibung« in den USA vor dem Fall. Doch wie sie die Entwicklung tatsächlich zu bewerten und was hat es mit dem Supreme Court wirklich auf sich?

Von Dr. rer. nat. Raymond Georg Snatzke

Strafende ist in den Vereinigten Staaten von Amerika eigentlich Sache der Einzelstaaten. Ungeachtet der US-Staaten verleihten Rechte durch Gesetzgebung entstehen, wurde Abtreibung zum national legitimierten, und zwar weltweit das gesamte Thema der Schwangerschaft. Ende der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts gab es in den abtreibenden Staaten strikte Abtreibungsverbote. In den sechziger Jahren entwickelten sich dann eine Bewegung, die sich die

Legalisierung der Abtreibung auf die Ebene föderal hat, die pro-life-Bewegung. Den Umständen entsprechend erfolgte eine Bewegung im Jahr zunächst auf Ebene der Einzelstaaten. So wurde im Jahr 1973 im Staat New York ein Recht auf Abtreibung bis zur 24. Schwangerschaftswoche eingeführt, eine Regelung, die dem Staat für einige Jahre nicht missfiel. Abtreibungs-Touristen kamen dorthin aus der »abtreibungswilliger Schwangerschaft« an anderen Staaten her, um dort eine Abtreibung vornehmen

zu lassen, und die New York zur »Abtreibungs-Hauptstadt« Amerikas machte. Als sich jedoch zunehmend auch Louisiana für die Rechtschöpfung bzw. Wiederherstellung von Abtreibungsverboten einsetzten, geriet der Ansatz der Abtreibungsliberalen ins Stocken. Sie versuchten nun, die Abtreibungsverbote nicht zu verhindern, sondern sie zu überwinden und durch den Staat für den Gesetzgebungsprozess auszuhebeln, nachdem man einen Schlag ins »Recht auf Abtreibung« in den gesamten USA durch-

LEBENSFORUM 77

11

Nach der Berufung neuer Richter an den Supreme Court steht das »Recht auf Abtreibung« in den USA möglicherweise vor dem Fall.

# Der politische Wille fehlt

Liebe Leserin, lieber Leser,

immer häufiger wird der Mutterleib zur Todesfalle. Zwar sind die absoluten Abtreibungszahlen im vergangenen Jahr signifikant zurückgegangen. Doch bedeutet dies bedauerlicherweise nicht, dass Ärzte in Deutschland auch weniger häufiger vorgeburtliche Kindstötungen vornehmen. Wie die Titelgeschichte dieser Ausgabe zeigt, gibt es aufgrund der demografischen Entwicklung nur deutlich weniger Frauen, die überhaupt noch schwanger werden. Von diesen wiederum entscheiden sich heute erkennbar mehr für eine Abtreibung als zu früheren Zeiten (vgl. S. 4f).

Dass in keinem anderen Land Europas weniger Kinder geboren werden als bei uns, ist ein Alarm-signal. Auch wenn die Gründe, die zu dieser Entwicklung geführt haben, vielfältig sind, so fällt auf, dass die Politik sich bislang weigert, einer der Hauptursachen mit der notwendigen Entschiedenheit zu begegnen. Die zunehmende Abtreibungshäufigkeit, das flächendeckende Netz von Abtreibungseinrichtungen, die Finanzierung von Abtreibungen aus Steuergeldern sowie die so genannte Kind-als-Schaden-Rechtsprechung belegen seit Jahren, dass die Reform des § 218 von 1995 gescheitert ist. Was fehlt, ist einzig und allein das Eingeständnis der Verantwortlichen.

Wie schwer sich damit selbst C-Parteien tun, zeigt das Interview, das Tobias Ottmar für diese Ausgabe mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Unionsfraktion, Johannes Singhammer, geführt hat (vgl. S. 7). Es lohnt sich einmal darauf zu achten, wann Singhammer, der ein offenes Ohr für die Anliegen von Lebensrechtlern besitzt, für die Partei sprechen zu können glaubt, und wann er den »unabhängigen Bundestagsabgeordneten« bemüht. Aufschlussreich fällt

auch die Bilanz eines Briefwechsels des Bundesverbandes Lebensrecht mit Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) aus (vgl. S. 8ff).

Dass es auch anders geht, zeigt die Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Der Kampf um die Besetzung des Obersten Gerichtshofs, den Raymond Georg Snatzke für LebensForum beleuchtet, wird nicht zuletzt deshalb so hart geführt, weil die Parlamente in zahlreichen Bundesstaaten der USA an einer Reform der liberalen Abtreibungsgesetze arbeiten – und das obwohl die USA mit einer gesunden Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau nicht auf eine demografische Katastrophe zusteuern (vgl. S. 11ff).

Ein Grund, dass in den USA längst auch liberale Politiker umdenken, besteht darin, dass eine Diskussion über das Post-Abortion-Syndrom dort längst kein echtes Tabu mehr ist. LebensForum, das die Folgeschäden, die viele Frauen nach einer Abtreibung davon tragen, schon mehrfach thematisierte, dokumentiert in dieser Ausgabe das bewegende Interview, das Esperanza Puente Moreno der spanischen Zeitschrift ALBA gegeben hat. Das Zeugnis einer Betroffenen zeigt, dass es kaum etwas gibt, das so frauenfeindlich ist, wie die Abtreibung (vgl. S. 22f).

Last but not least werfen wir in dieser Ausgabe einen Blick nach Rom. Denn dass der Lebensschutz ein Thema ist, das auch Benedikt XVI. beschäftigt, wird hierzulande gerne übersehen. Der Vatikan-Journalist Armin Schwibach analysiert für LebensForum, wie der Papst aus Deutschland unbeirrbar Partei für das Recht auf Leben ergreift und was ihn dabei antreibt. Eine anregende Lektüre wünscht

Ihre  
  
 Claudia Kaminski  
 Bundesvorsitzende der ALFA und  
 des Bundesverbandes Lebensrecht

